Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 63 (2008)

Heft: 4

Artikel: In die Natur investieren

Autor: Bieri, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891394

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In die Natur investieren

Um unseren Planeten vor endgültiger Plünderung zu schützen, müssen wir den Stoff- und Energiedurchlauf senken. Doch solange man diese Herausforderungen lediglich als neuen Kapitalmarkt dienstbar machen will, läuft die Zerstörung weiter. Die Bereitschaft, die Konflikte der herrschenden Wachstums- und Geldwirtschaft offen zu diskutieren, folgt der Finanzkrise nur mit Verzögerung, folgert Hans Bieri nach dem Besuch einer Nachhaltigkeits-Tagung.

Wozu wirtschaften wir – um Geldkapital zu vermehren oder um unsere Bedürfnisse bedienen zu können? Wenn wir so wirtschaften, dass wir unsere Bedürfnisse immer besser befriedigen können, dann ist die Ökologie bereits inbegriffen, da wir Teil der Natur sind, die wir zum Atmen, Essen und Trinken brauchen. Im Kapitalismus ist aber die Vermehrung des Geldes zum Hauptziel des Wirtschaftens geworden, obwohl auch Adam Smith der Meinung war, dass die Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse wirtschaften. Wirtschaften mit dem Hauptzweck der Geldkapitalvermehrung führt zum Konflikt zwischen Geldvermehrung und nicht vermehrbarer Natur.

Kommt es unter dem Druck von Hunger und sich verschärfenden Umweltproblemen zu umfassenden gesellschaftlichen Reformen wie am Ende des Ancien Régime vor 200 Jahren? Oder wird der zunehmende Konflikt lediglich zum Anlass genommen, immer neue Kapitaldienstleistungen zu kreieren? Will man also aus den Schäden in erster Linie nochmals Kapital schlagen? Eine Tagung in Rüschlikon hat dieses Dilemma thematisiert, unter dem Titel «In die Natur investieren – neue Entwicklungen an den Finanzmärkten» (siehe Kasten).

Klimawandel vermeiden ist billiger

Den Klimawandel zu stoppen, koste wenig, sagte **Sir Nicholas Stern** von der London School of Economics (vormals Weltbank). Der Stern-Report hat vor zwei Jahren die Öffentlichkeit wachgerüttelt. Erstmals wurde der Klimawandel nicht aus naturwissenschaftlicher Sicht, sondern aus ökonomischer Sicht analysiert.

Stern befürchtet, dass der Klimawandel eine Weltwirtschaftkrise auslösen könnte. Wenn wir mit dem Ressourcenverbrauch so weiter machen, besteht das Risiko, dass die Welt 5 Grad wärmer sein wird als zu Beginn der Industrialisierung vor 150 Jahren. Das hätte enorme Konsequenzen. Wir würden uns ein feindliches Klima schaffen, das enorme Wanderungen und Verschiebungen bewirken würde, urteilt Stern. Der Globus müsste zum Überleben der betroffenen Menschen neu aufgeteilt werden.

Nicholas Stern: Klimawandel stoppen lohnt sich auch wirtschaftlich.

Die Kosten zur Vermeidung der Klimakatastrophe seien bedeutend tiefer als die Schäden. Nicolas Stern betrachtet die Massnahmen, die wir ergreifen sollten, als eine Art sehr preiswerte Versicherung in Anbetracht der drohenden Schäden. Diese Massnahmen kosteten ein Prozent des globalen Wirtschaftseinkommens, und sie erlaubten, die Schäden abzuwenden, die leicht 10 bis 20 Prozent des Weltsozialproduktes ausmachen könnten. Stern plädiert für entsprechend höhere Rohstoffpreise als Anreize für die richtigen Regulierungen. Dass administrierte Preiserhöhungen als Wettbewerbsnachteil wirkten, widerlegt Stern mit dem Hinweis auf Marktpreisschwankungen, die grösser sind und dennoch das Wachstum nicht beeinträchtigen würden. Stern sieht solche Umschichtungen auch als Chance, die Dinge auf eine neue Weise zu tun. Wenn bis 2050 der CO_2-Ausstoss um 50% reduziert werden soll, dann müssen die Industrieländer ihren Ausstoss bis 2050 um 80% senken.

Tagung zur Nachhaltigkeit

Das Sustainability Forum Zurich (TSF) organisierte das 9. Sustainability Leadership Symposium 2008 unter dem Titel «Capitalising in Natural Ressources: New Dynamics in Financial Markets. Die Veranstaltung fand am 10. und 11. September im Bildungszentrum der Swiss Re in Rüschlikon statt. Anschliessend wurde am Swiss Re Center for Global Dialog weiter getagt. Thema: «Financing for Climate: Innovative Solutions and New Markets.

Auf Deutsch: Das Forum für Nachhaltigkeit organisierte das 9. Symposium für Führerschaft im Bereich Nachhaltigkeit unter dem Titel «In die Natur investieren: neue Entwicklungen an den Finanzmärkten». Anschliessend wurde am Zentrum der Swiss Re für den globalen Dialog weiter getagt. Thema: «Finanzierung von Massnahmen für die Klimaverbesserung und neue Märkte».

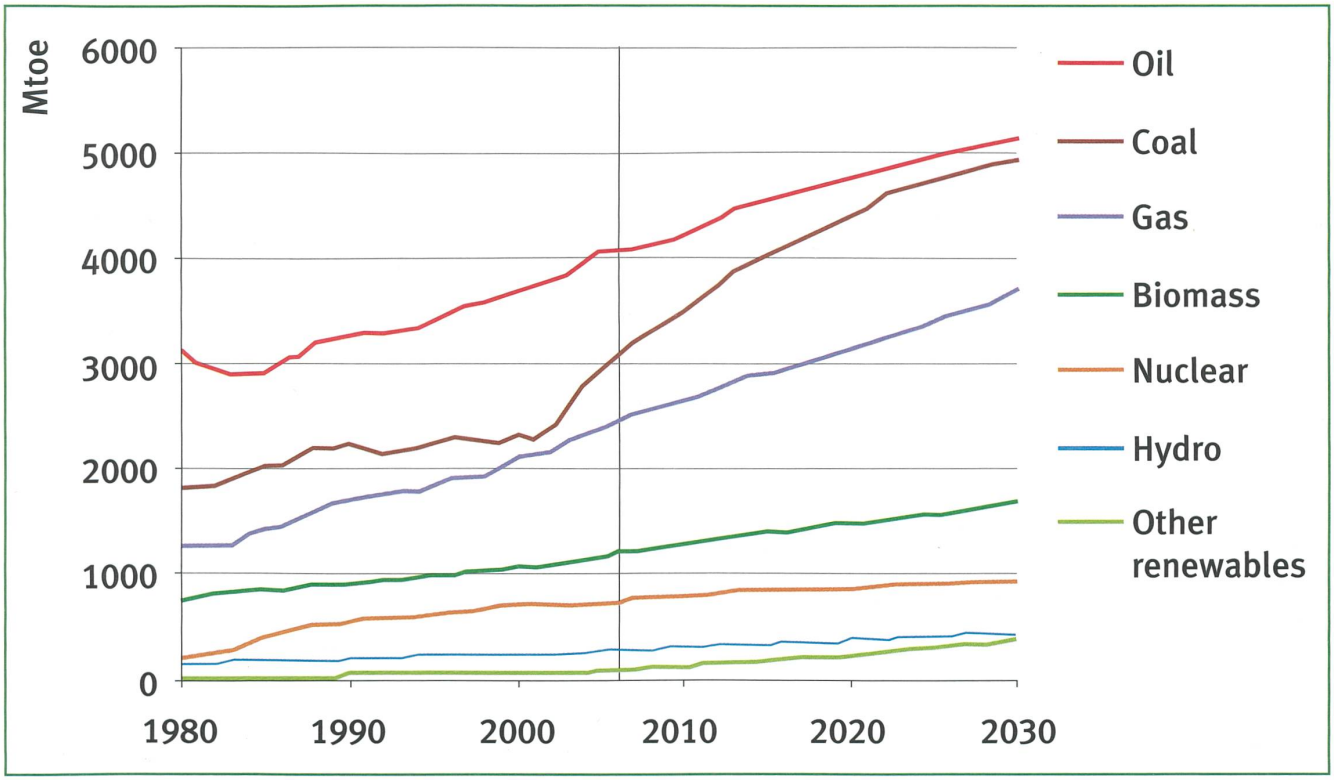
Deal zwischen Ökonomie und Ökologie

Wie soll das gehen? Wirtschaftsreformen, die das Problem direkt angehen, werden offenbar gemieden, weil dann die hohen Wachstumsraten des Geldkapitals schwinden. Also schlägt Stern einen «Global Deal» vor. Dieser sei an der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen zu formulieren. Es wird der Markt der Treibhausgase sein. Jeder Erdenbürger bekommt ein Verschmutzungsrecht. Die Ausgangslage bildet die heutige Verschwendung der Industrieländer sowie der viel geringere Pro-Kopf-Verbrauch der Entwicklungsländer. Nun müssten die Industrieländer ihren CO_2-Konsum senken. Da dies sofort das Wachstum reduziert, versuchen die Industrieländer CO_2-Zertifikate auf der Welt zusammenzukaufen. Umgekehrt sind Entwicklungsländer versucht, ihre Verschmutzungszertifikate an die Industrieländer zu verkaufen. Die Industrieländer können nun mit dem CO_2-Ausstoss «weitermachen», da sie ja die Verschmutzungsrechte den finanzschwachen Gesellschaften abkaufen. Das belastet die Industrieländer, wie eine verstärkte Entwicklungshilfe, nur mässig und bringt den Entwicklungsländern willkommene Stützungsgelder. Irgendeinmal hätten die Entwicklungsländer nichts mehr zu verkaufen und die Industrieländer müssten endlich ihren CO_2-Verbrauch direkt und ohne Umwege senken. Aber auch hier ist schon vorgesorgt, indem nämlich die Industrieländer ihren technologischen Vorsprung dazu nutzen möchten, die Welt mit emissionsarmer Energietechnologie von den alten Industriezentren aus zu beliefern. Mit anderen Worten: Die Industrieländer weigern sich heute, ihren CO_2-Verbrauch zu verringern mit der Begründung, der Weg über die Zertifikate sei ökonomisch effizienter und bringe auch stärkere Einsparungen an Energie und CO_2. Der «Deal» besteht darin, dass mit dem Argument der höheren wirtschaftlichen Effizienz auch die ökonomische Vorherrschaft begründet wird. Im Gegenzug wird «mehr Ökologie» in den Entwicklungsländern mit dem Zertifikatskauf «finanziert».

Das Problem heisst Wachstum

Achim Steiner, Direktor der United Nations Environment Programme (UNEP), meldete Zweifel an all den vielen Alternativprogrammen, wenn es uns nicht gelinge, auf das herrschende Wachstumsparadigma eine Antwort zu finden. Steiner kritisierte die Ignoranz der Ökonomen, die nicht sehen, welche Schäden in der Umwelt als Folge des Wachstums verursacht wurden. Wir müssten uns Rechenschaft darüber geben, meinte Steiner, dass all die Innovationen im Bereich der Finanzmärkte und auch der Produktion nie an das herankommen, was wir zur Bewältigung des Klimawandels erreichen müssen. Es gehe jetzt darum, einen Entwicklungsweg zu formulieren, der mittels Kapital und Wissen aus dem Wachstumsparadigma herausführe. Soweit Steiner (ausführlichere Fassung Seite 13/14).

Wenn jedoch Kapital nur dort eingesetzt wird, wo es nach bisherigem Muster wächst, dann können wir das Umweltproblem nicht lösen. Ein Beispiel: Wenn wir die Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern ausstatten, ändert sich in Bezug auf den steigenden Rohstoff- und Energieverbrauch nichts. Die Filterung der Luft ist nur eine zusätzliche wirtschaftliche Tätigkeit, die wiederum zusätzliche Rohstoffe verbraucht. Wenn wir hingegen den steigenden Rohstoff- und Energieverbrauch absolut senken würden, was wir aufgrund unseres Wissens problemlos könnten, dann hätten wir unser Wissen zum Nutzen unserer Lebensumwelt erfolgreich angewandt und den ökologischen Fussabdruck verkleinert. Dann bleiben aber die Kapitalgewinne aus. Das Kapital akzeptiert diese Situation nicht, Folge ist die Krise. Deswegen sieht Achim Steiner die neuen «Investitionen in die Umwelt» nicht als Ausweg aus der Finanzkrise, wenn nicht ein Weg aus dem Wachstumsparadigma gefunden wird.



Keine Wende beim Verbrauch fossiler Energien: Prognosen der Internationalen Energieagentur.

Interessenkonflikte ungelöst

Die Research Group Ecosystem Services der ETH mit **Thomas Köllner** möchte die Knappheit der Ressourcen bewirtschaften: Zunehmende Einkommen führen zu mehr Verbrauch und damit wegen der natürlichen Grenzen, welche am Klimawandel festgemacht werden, zu zunehmenden Knappheiten. Knappheit löse einen Markt für «ökologische» Projekte aus. Die fundamentale Schwäche dieses Ansatzes liegt darin, dass nicht gefragt wird, wie denn die steigenden Einkommen zustande kommen, und was für Einkommen das sind.

Wenn die Konsumgüter mit einem Bruchteil von Stoffen und Energie hergestellt werden können, dann ändert sich nichts am Niveau der Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten – auf der Kapitalseite jedoch schwinden die Einkommen ganz wesentlich. Mit diesem Zusammenhang setzt sich keiner der Vorschläge auseinander. Vielmehr wird weiterhin behauptet, man könne mit der Reduktion des Umweltverbrauches die Kapitaleinkommen dennoch steigern. Doch beides gleichzeitig geht nicht. Man kann nicht gleichzeitig die Kapitalinteressen bedienen und den Umweltverbrauch senken. Jedenfalls wurde an der ganzen Tagung nicht gezeigt, wie das funktionieren soll. Dass eine Preiserhöhung auf den Naturressourcen nicht zum Erfolg führt, zeigt ja die aktuelle Krise: Nachdem im Anschluss an die Subprime-Krise die Investoren die Rohstoffe als Anlageobjekte entdeckten und die Preise in die Höhe trieben, kam es zu einer Kapitalvernichtung auf breiter Front. Damit wird deutlich, worauf die steigenden Einkommen beruhen: auf dem bisher ständig steigenden Verbrauch an unterpreisigen Rohstoffen. Wenn nun der Rohstoffverbrauch gesenkt wird, dann kann bei dieser Rationalisierung nicht weiterhin das Kapitalwachstum bedient werden wie bisher, nämlich durch permanente Produktionsausweitung durch gesteigerte Stoffentnahme aus der Natur.

Achtlosigkeit oder Zwang?

Die vorgeschlagenen Modelle gehen zwar von der richtigen Erkenntnis aus, dass der ökologische Konflikt das bisherige Kapitalwachstum nicht mehr erlaube. Dass der systembedingte Wachstumszwang zur Naturausbeutung und damit zu den einleitend geschilderten Konflikten führt, will man aber deutlich nicht diskutieren. In der Analyse kranken die Vorschläge an der fragwürdigen Deutung, die Rohstoffe seien bisher billig gewesen aus reinem, achtlosem Unwissen über die Grenzen der Natur. Das hiesse aber, dass das Kapitalwachstum anstatt durch Mengenausdehnung des Stoffverbrauches genauso durch Rationalisierung hätte erreicht werden können. Warum hat man das nicht schon längst gemacht?

Thomas Köllner postuliert, die bisher «opportunistische» Haltung gegenüber der Umwelt müsse durch «Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt» abgelöst werden. Die Regeln der bisherigen Wirtschaft darf man aber nicht einfach als «opportunistisch» abtun, um einen Kontrast zu neuen Vorschlägen zu bewirken, die sich bei näherem Hinsehen von der bisherigen wirtschaftlichen Vorgehensweise in nichts unterscheiden. Deutlich kommt das auch in den Vorschlägen zum Ausdruck, die Ernährung durch chemische, biotechnische oder sogar gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft zu erreichen. Der innovative Ansatz müsste doch vielmehr darin gesucht werden, wie die Menschen sich auf dem Boden organisieren, um die Ernährung zu sichern. Wie leben wir vom Boden? Wie siedeln, wohnen, produzieren und konsumieren wir auf der Erdoberfläche? Die Nachhaltigkeit hängt davon ab, wie wir auf diesem Globus sozial organisiert sind, denn das entscheidet darüber, wie wir die Ressourcen bewirtschaften. Wer das immer noch als Kapitalverwertungsproblem sieht, hat sich mit der Frage des Wachstums, der Endlichkeit des Planeten und dem Zusammenhang zu Klima und Finanzkonflikt noch nicht genügend auseinandergesetzt.

Umwelt als Kapitalverwertungsobjekt

Wie simpel die Vorschläge der vielen Praktiker aus dem Finanzbereich waren, zeigte der Beitrag des Direktors der Climate Exchange Europa, **Robert Rabinowitz.** Als Investitionsbeispiel erwähnte er die Massnahmen zur Beseitigung des sauren Regens in den USA. Als Broker interessiert ihn nur, Kapital mit gewinnbringenden Umweltprojekten zusammenzubringen. Bei genauerem Hinsehen besteht für die Projekte ein Markt, weil sie Schäden der Wachstumswirtschaft beheben, jedoch mit einem Vorgehen, das weiteres wirtschaftliches Wachstum beinhaltet. Es ist ein Vorgehen, das sich nicht damit auseinandersetzt, warum die Wachstumswirtschaft immer mehr Schäden produziert. Wer sich aber so verhält, kann nicht den Begriff der «Nachhaltigkeit» für sich in Anspruch nehmen.

Einzelne Vorschläge, zum Beispiel jene von Joshua Bishop, Chief Economist, IUCN (International Union for Conservation of Nature), gehen davon aus, man könne ebenso durch Schutz der Umwelt Gewinne machen wie zuvor durch Verbrauch der Umwelt. Man müsse lediglich die Zerstörung der Umwelt bestrafen und die nachhaltige Bewirtschaftung belohnen. Mit Anreizen soll dieser Paradigmenwechsel erreicht werden. Dazu gehören die Stärkung der Märkte mit Zertifikaten und Labels, der Einsatz von Steuern und Subventionen für ökologische Leistungen sowie handelbare Rechte und Pflichten in Bezug auf CO_2 und Biodiversität.

Fazit

Die Frage nach der Nachhaltigkeit, das heisst nach jenem Vorgang, der den Stoff- und Energiedurchsatz absolut senkt, weil unser Planet endlich und zurzeit – wie der Klimawandel zeigt – überlastet ist, bleibt auch nach dieser Tagung offen. Wir haben erkannt, dass der Energie- und Stoffdurchsatz absolut gesenkt werden muss. Dagegen wehren sich jedoch die Vertreter des Geldkapitals. Denn wenn gespart wird und die bisherigen Bedürfnisse mit weniger Aufwand gedeckt werden, schwinden ihre Vermögen. Also müsste man das Problem bewältigen, dass der reine Geldkapitalerwerb nicht weiter und uneingeschränkt Natur und Umwelt belasten darf. Dieses Ziel ist von einzelnen Teilnehmern klar genannt worden. Doch niemand wagt, das heisse Eisen anzupacken.

Der «Ausweg» sieht dann eben so aus, dass man in den entwickelten Ländern den Stoffdurchsatz vorerst nicht senkt mit der Begründung, es sei effizienter, dies in den Wachstumsmärkten der Entwicklungsländer zu tun. Diese Argumentation ist jedoch fragwürdig, weil sie dem Wunsch entspringt, die bisherige Ordnung zeitlich zu verlängern. Dabei weiss man genau, dass dieser Mechanismus das Wachstum in den Entwicklungsländern fördert und am Ressourcenverschleiss absolut nichts ändern wird. Ist das ein nachhaltiges Verhalten? Das erklärte Ziel und das Bedürfnis der Menschen ist es doch, mit absolut weniger Stoff- und Energieverbrauch ihre Bedürfnisse zu decken. Das ist die Aufgabe. Diese ist einmal mehr – neben wenigen luziden Voten – arg zerredet, verunklärt und zeitlich aufgeschoben worden – besonders durch Vertreter der Finanzwirtschaft, die auf ihre bisherige Art des Geldverdienens nicht verzichten wollen.

Hans Bieri